

US-Regierung will Huber und Beckstein bald einladen

Der amerikanische Generalkonsul Eric Nelson im PNP-Redaktionsgespräch über die US-Beziehungen zu Bayern

Von Alexander Kain

München/Passau. Die US-Regierung in Washington will „möglichst schnell“ offiziell mit der bayerischen Staatsregierung Arbeitskontakte aufnehmen. Das erklärte der US-Generalkonsul in München, Eric Nelson, bei einem Redaktionsgespräch bei der *Passauer Neuen Presse*.

Man werde Ministerpräsident Günther Beckstein und CSU-Chef Erwin Huber sobald wie möglich zu einem Staatsbesuch nach Washington einladen. Als realistischen Zeitpunkt dafür gehe er vom kommenden Jahr aus, sagte Nelson. Besonderes Interesse habe man an einem raschen Treffen mit Joachim Herrmann, der heute als Innenminister vereidigt wird. Ihn wolle man „umgehend“ kontaktieren und möglichst noch in diesem Jahr für Gespräche in die USA einladen.

Hintergrund ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA, Deutschland und Bayern, so Nelson. Der US-Generalkonsul bestätigte, dass es mit Beckstein und Huber bereits in den vergangenen Jahren eine hervorragende Zusammenarbeit gegeben habe. Beckstein sei seit vielen Jahren „ein enger Freund“, auf den man schon vor vielen Jahren „starke Hoffnungen gesetzt“ habe.

„Sehr überzeugt“ sei man auch von Huber, dem klar an einer Verstärkung der Beziehungen zwi-

schen den USA und Bayern gelegen sei. „Wir sind daran, nach Gelegenheiten zu suchen, die Beziehungen wieder zu verstärken und zu vertiefen“, so Nelson. Unter anderem wolle man auch den US-Bundesstaat Georgia als einen der bayerischen Partnerstaaten wie derzeit bereits etwa Kalifornien etablieren.

Bei den politischen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland, die während des Irak-Krieges deutlich gelitten haben, sieht Nelson eine zunehmende Verbesserung. Auf der Ebene der Wirtschaft und des Tourismus habe es ohnehin nur im Umfeld der Terroranschläge vom 11. September einen ganz kurzen Einbruch gegeben, der sich aber umgehend wieder normalisiert habe.

Heute besuchen rund 650 000 US-Bürger jährlich Bayern, alleine 160 000 zur Zeit des Münchner Oktoberfestes. 40 000 US-Bürger lebten in Bayern und jährlich würden rund 500 Amerikaner in Bayern geboren. Umgekehrt seien in den letzten zehn Jahren 86 000 Bayern in die USA ausgewandert.

Wirtschaftlich seien die USA Bayerns wichtigster Export- und zweitwichtigster Import-Partner, so Nelson. Insgesamt gebe es rund 700 US-Firmen in Bayern und 280 bayerische Unternehmen in den USA. Hinzu käme Bayern als militärischer Standort für die USA. Rund 26 000 US-Soldaten seien in



„Wir denken von unten nach oben“, skizzierte US-Generalkonsul Eric Nelson im PNP-Redaktionsgespräch die besondere Denkweise der Amerikaner, zum Beispiel beim Thema Umweltschutz. (Foto: Klotzek)

Bayern stationiert, „so viele US-Army-Soldaten wie in keiner anderen Region in Europa“, sagte der Generalkonsul.

Diese Soldaten fühlten sich nach seinen Worten ausgesprochen wohl im Freistaat. Würden Familienangehörige von US-Soldaten, die in Afghanistan oder Irak im Einsatz sind, vor die Wahl gestellt, nach Bayern oder zurück in die USA zu gehen, entscheiden sich viele für Bayern. In der Folge investiere man derzeit rund eine Milliarde Euro in den Ausbau der

Standorte in Grafenwöhr und Hohenfels, was für zahlreiche Arbeitsplätze in diesen Regionen Sorge, so Nelson. Immerhin seien die USA damit der fünftgrößte Arbeitgeber in Bayern überhaupt.

Besonders warb Nelson für Verständnis für die US-amerikanische Position beim Umweltschutz. Die USA nähmen das Thema deutlich ernster, als dies in Europa wahrgenommen werde, sagte er. Auch im langfristigen Trend hätten die Amerikaner durchaus gute Zahlen vorzuweisen. So sei-

en zwischen 2001 und 2005 die US-Emissionen gerade einmal um 0,6 Prozent gestiegen, während die Bevölkerungszahl um 15 Millionen zugelegt habe und die Wirtschaft um zwölf Prozent gewachsen sei. „In Europa waren im selben Zeitraum die Zahlen ein wenig schlechter, hier sind die Emissionen um 2,6 Prozent gestiegen“, verglich Nelson.

„Statt Protokolle zu unterschreiben, wollen wir Ergebnisse, statt Beschränkungen wollen wir Anreize“, erklärte er. Der System-Unterschied sei, dass in den USA zuerst die Unternehmen, die Menschen und die Universitäten gefragt seien, Lösungen zu entwickeln, anstatt sofort politische Beschränkungen zu formulieren.

„Wir denken von unten nach oben statt von oben nach unten, die Lösungen liegen vor Ort und nicht in dem, was von oben vorgegeben wird. Für Indien wird die Lösung anders aussehen als für die USA, für Deutschland wird es eine andere Lösung geben als für Osteuropa.“ Insgesamt setzten die USA auf eine technologische Lösung des Umweltproblems, es dürfe nicht zu einem Wohlstandsverlust kommen.

Gerade deshalb freue man sich aber über den Nobelpreis für den früheren US-Vizepräsidenten und heutigen Umweltaktivisten Al Gore. „Er hat einen Bewusstseinswandel eingeleitet.“